

INGUSCHETIEN

+++ Attentat erstickt demokratischen Neuanfang

Terror und Gewalt, Korruption, Dominanz der Sicherheitskräfte und nicht zuletzt eine Arbeitslosenquote von bis zu 60% prägen den Alltag in Inguschetien. Präsident Junus-Bek Jewkurow führte nach seinem Amtsantritt am 31. Oktober 2008 Gespräche mit der politischen Opposition und mit Menschenrechtlern. Er versprach seinen Landsleuten - den rund 470.000 Inguschen und Tschetschenen (etwa 20% der Gesamtbevölkerung) - Demokratisierung und wollte gegen Korruption vorgehen. Bei einem Attentat im Juni 2009 wurde er schwer verletzt. Der islamistische Untergrund bekämpft ihn genauso wie mafiöse Gruppierungen und Seilschaften. 2009 starben in Inguschetien bei 49 Terroranschlägen 319 Menschen, an sieben waren Selbstmordattentäter beteiligt. Die Sicherheitskräfte begehen massive Menschenrechtsverletzungen. Häufig werden Zivilisten willkürlich verhaftet, gefoltert und ohne Beweise inhaftiert. Diese Repression verstärkt den islamistischen Untergrund, so dass sich die Spirale der Gewalt weiter dreht.

Wir appellieren an die Bundesregierung:

- +++ die Menschenrechtssituation im Nordkaukasus bei politischen Gesprächen zum Thema zu machen
- +++ Informationen zum Stand der Ermittlungen gegen Mörder von Menschenrechtlern zu verlangen
- +++ gefährdeten Menschenrechtlern Schengen-Visa zu erteilen, um sie zu schützen
- +++ für unabhängige Menschenrechtsorganisationen, Journalisten und Experten internationaler Gremien freien Zugang in den Nordkaukasus zu fordern

Für Menschenrechte. Weltweit.

HELFE SIE DEN MENSCHEN IM NORDKAUKASUS!

Lesen. Informieren. Weitersagen. Mitmachen.
Einfluss nehmen.

Auf www.gfbv.de oder
fordern Sie unser kostenloses Infomaterial an!

SIE MÖCHTEN MEHR FÜR MENSCHENRECHTE UND MINDERHEITEN TUN?

Jede Spende hilft!
Treten Sie dem Kreis unserer
Mitglieder und Förderer bei.
Wir senden Ihnen gern kostenlos
mehr Informationsmaterial.

Spendenkonto 1909 • Sparkasse Göttingen
(BLZ 260 500 01)

gesellschaft
für **bedrohte**
völker

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 2024 • D-37010 Göttingen
Tel.: 0551 49906-0 • Fax: 0551 58028
E-Mail: info@gfbv.de • Internet: www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status
bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat



Winter 2010

RUSSLAND

Staatsterror und Gegenterror im Nordkaukasus



© Tanya Haurychyk

gesellschaft
für **bedrohte**
völker

Für Menschenrechte. Weltweit.



© Fremantleboy, Quelle: Wikimedia Commons

Föderationskreis Nordkaukasus

- 1 Republik Dagestan 2 Republik Inguschetien 3 Republik Kabardino-Balkarien
- 4 Republik Karatschai-Tscherkessien 5 Republik Nordossetien-Alanien
- 6 Republik Tschetschenien 7 Region Stawropol

+++ Gewalt im Nordkaukasus wird angeheizt

Seit 15 Jahren ist das Leben im Nordkaukasus geprägt von Gewalt, Willkür, Angst und Armut. Schon als sich Tschetschenien während des Zerfalls der Sowjetunion in den 90-er Jahren von Russland lösen wollte, war Moskaus Antwort Krieg. Die Situation hat sich seither kaum entspannt, sie ist nur komplexer geworden: Heute kämpft in Tschetschenien, Dagestan und Inguschetien ein islamistischer Untergrund gegen die russische Vorherrschaft. Täglich werden Bombenanschläge verübt, Polizisten, Soldaten, Politiker oder Geheimdienstmitarbeiter angegriffen. Der Staat reagiert mit Gegengewalt. Die Zivilbevölkerung gerät zwischen die Fronten. Menschenrechtsarbeit ist in dieser Situation lebensgefährlich. Zahlreiche Engagierte wurden bereits ermordet.

TSCHETSCHENIEN

+++ Wie unter Stalin

Der Krieg hat in Tschetschenien bis zu 200.000 Menschen das Leben gekostet und das Land - insbesondere die Hauptstadt Grosny - vollkommen zerstört. Jetzt regiert Präsident Ramsan Kadyrow die Republik mit eiserner Hand. Seine Verbrechen gegen das eigene Volk im In- und Ausland werden von Moskau gedeckt. Die Atmosphäre in Tschetschenien gleicht der in Russland unter Stalin. Die Menschen leben in ständiger



© Amnesty International

Die schwangere tschetschenische Menschenrechtlerin Zarema Sadulajewa und ihr Mann wurden verschleppt und am 11.08.2009 ermordet. Foto: GfbV-Schweiz

Angst vor Festnahmen, Denunziationen und willkürlicher Gewalt. Angehörige von mutmaßlichen Kämpfern sind besonders gefährdet. Sie werden häufig schikaniert, verschleppt und gefoltert. Ihre Häuser werden niedergebrannt, um die gesamte Familie zu bestrafen und zu verängstigen. Die Täter müssen keine Strafverfolgung fürchten. Das ermutigt zu weiteren Verbrechen.

+++ 20.000 Tschetschenen inhaftiert

20.000 Tschetschenen werden in russischen Gefängnissen festgehalten. Viele von ihnen wurden gefoltert und in unfairen Verfahren mit fingierten Beweisen zu hohen Haftstrafen verurteilt. Häufig wissen Angehörige nicht, wo sich ihre Brüder, Väter oder Männer befinden. Viele gelten als verschwunden. Die russischen Haftanstalten sind notorisch überfüllt, es wird systematisch gefoltert, und besonders Gefangene aus dem Nordkaukasus werden unmenschlich behandelt.

+++ Verfolgung von Menschenrechtlern

Menschenrechtsarbeit für und in Tschetschenien ist nur unter Einsatz des eigenen Lebens möglich. Mit den Morden an Natalja Estemirowa, Zarema Sadulaewa und ihrem Ehemann im Sommer 2009 erreichte die Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern dort einen traurigen Höhepunkt. Seitdem versuchen die noch aktiven Menschenrechtsorganisationen gemeinsam vorzugehen. Einzelne Menschenrechtler werden jedoch weiterhin bedroht, schikaniert und an ihrer wichtigen Arbeit gehindert.

DAGESTAN

+++ Terror und Gegenterror

Aus Dagestan sollen die Selbstmordattentäterinnen stammen, die Ende März 2010 bei Anschlägen auf die Moskauer Metro 40 Personen mit in den Tod rissen.



Jugendliche demonstrieren in Moskau am 31. März 2010 gegen den Terror. © De Visu

Seitdem versuchen die dagestanische und russische Regierung, den islamistischen Untergrund vor allem durch Kampfeinsätze in den Bergen zu zerschlagen. Doch es werden weiterhin Attentate auch auf Cafés und Bars verübt, in denen Alkohol verkauft wird. Mit militärischen Mitteln wird die Regierung der Situation in der Vielvölkerrepublik mit ihren 2,5 Mio. Einwohnern, in der u.a. Awaren (30%), Dager (17%) und Lesgier (13%) leben, nicht Herr. Denn sie verscherzt sich durch massive Menschenrechtsverletzungen wie willkürliche Festnahmen oder Folter auch immer wieder jeden Rückhalt in der Zivilbevölkerung. So wurde im Juni 2010 beispielsweise eine junge Anwältin, die ihre Mandantin auf einer Polizeiwache sprechen wollte, von russischen Spezialeinheiten zusammengeschlagen. Sie war mehrere Tage lang ohnmächtig und lag wochenlang im Krankenhaus. Von Januar bis Mai 2010 kamen 90 Menschen bei Terroranschlägen und Spezialoperationen gegen Terroristen ums Leben, 110 wurden verletzt. Unter den Toten waren 43 Angehörige der Sicherheitskräfte, zwölf unbeteiligte Bürger und 35 Kämpfer.